

§ 21

(1) Gegen die auf Grund dieser Verordnung getroffenen Anordnungen des *Gesundheitsamtes* kann der Betroffene binnen einem Monat nach Eröffnung der Anordnung Beschwerde an das *Landesgesundheitsamt* einlegen.

(2) Die Beschwerde hat keine auf schiebende Wirkung.

§ 22

(1) Wer eine auf Grund dieser Verordnung erlassene Anordnung des *Gesundheitsamtes* nicht befolgt, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

(2) *Die Tat wird nur auf Verlangen des Gesundheitsamtes verfolgt.*

§ 23

(1) Wird jemand nach §§ 4, 5, 15 Abs. 4 oder § 22 verurteilt und gehört er zu den Personen, die häufig wechselnden Geschlechtsverkehr unterhalten, so kann das Gericht neben der Strafe seine Unterbringung in einem *Arbeitshaus* anordnen.

(2) §§ 42f bis 42i des Strafgesetzbuches finden Anwendung.

Asm.: Vgl. § 1 Buchst. c der 1. DB zur StPO vom 31. August 1954 (GBL S. 777).

§ 24

(1) Wer als Angestellter einer Gesundheitsbehörde oder einer anderen im Rahmen der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten tätigen Behörde unbefugt offen-